Studie

Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2017

[12.06.2017] Deutsche Behörden sehen sich bei der Digitalisierung und IT-Sicherheit schlecht aufgestellt. Zu diesem Ergebnis kommt das Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2017. Knapp 350 Behördenleiter des Bundes, der Länder und der Kommunen wurden für die Studie im Vorfeld des Zukunftskongresses Staat & Verwaltung befragt.

Bei Digitalisierung und IT-Sicherheit sehen deutsche Behörden enormen Handlungsbedarf. Das ist das Ergebnis einer bundesweiten Umfrage unter 346 Behördenleitern, durchgeführt von Wegweiser und der Hertie School of Governance im Vorfeld des fünften Zukunftskongresses Staat & Verwaltung (20.-21. Juni 2017, Berlin, wir berichteten). „Aus den Antworten spricht die klare Überzeugung, dass echte Fortschritte nur durch mehr Standardisierung und Koordination gemacht werden können“, sagt Studienleiter Professor Gerhard Hammerschmid. „Die Behörden leiden unter einem Flickenteppich nicht miteinander verzahnter Initiativen.“ 40 Prozent der Chefs der öffentlichen Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen wünschen sich im Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2017 von der künftigen Bundesregierung eine stärkere Standardisierung und einheitliche Vorgaben im Bereich Digitalisierung und IT-Sicherheit sowie verstärkte Initiativen für Digitalisierung und E-Government. Zahlreiche Maßnahmen, insbesondere der elektronische Personalausweis und das De-Mail-Gesetz werden im Hinblick auf die gewünschten Effekte im Nachhinein überwiegend kritisch gesehen. Eine Mehrheit der befragten Behörden spreche sich außerdem für eine Neustrukturierung der Kompetenzen aus. Über 28 Prozent befürworten die Einrichtung eines Fachministeriums für E-Government und Digitalisierung, 24 Prozent sprechen sich für eine neue Anstalt öffentlichen Rechts in gemeinsamer Trägerschaft von Bund und Ländern aus.
Mit je knapp 29 Prozent fordern die Befragten eine bessere personelle und budgetäre Ausstattung sowie eine bessere Koordination zwischen den Verwaltungsebenen zur Schaffung gemeinsamer IT-Lösungen. Für mehr als 58 Prozent der befragten Behördenleiter ist die Digitalisierung die wichtigste Herausforderung der nächsten fünf Jahre. Hohe Priorität haben zudem die Themen IT-Sicherheit (30,5 Prozent) und demografieorientierte Personalarbeit (29,7 Prozent). Über 29 Prozent äußern die Sorge, wegen der sinkenden Attraktivität als Arbeitgeber beim Wettbewerb um Fachkräfte und jüngere Mitarbeiter das Nachsehen zu haben. Mit Blick auf die IT-Sicherheit denken weniger als zehn Prozent der Befragten, dass Deutschland gut aufgestellt ist. 83,5 Prozent sehen die eigene Behörde durch mögliche Cyber-Angriffe bedroht. Bei der konkreten Umsetzung der Digitalisierung sehen die Behördenleiter zwar Fortschritte. Allerdings verzeichnen sie dadurch bislang kaum Effizienzgewinne bei deutlichen Kostensteigerungen. Die meisten E-Government-Anwendungen seien bislang allenfalls von einer Minderheit der Behörden umgesetzt. Das gelte zum Beispiel für die elektronische Akte (22,9 Prozent), eine elektronische Bezahlfunktion (23,3 Prozent) oder eine rechtssichere E-Mail-Kommunikation (30,5 Prozent). Noch geringer ist laut der Untersuchung die Umsetzung einer digitalisierten Personalverwaltung (19,6 Prozent), mobiler E-Government-Anwendungen (17,5 Prozent) das elektronische Einreichen von Nachweisen (14,4 Prozent) oder elektronischer Rechnungen im Auftragswesen (10,7 Prozent). Rund die Hälfte der Behörden wollen weder Cloud Computing noch Big-Data-Anwendungen einführen.

(ve)

Stichwörter: Politik, Hertie School of Governance, Zukunftspanel Staat & Verwaltung 2017, Zukunftskongress Staat & Verwaltung 2017